



18.036

**KVG. Anpassung der Franchisen  
an die Kostenentwicklung****LAMal. Adaptation des franchises  
à l'évolution des coûts***Schlussabstimmung – Vote final*

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 26.11.18 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.03.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.03.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 22.03.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 22.03.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**La presidente** (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Si sono annunciati alcuni portavoci dei gruppi per delle dichiarazioni di voto.

**Müller** Leo (C, LU): Heute haben wir über eine Massnahme zur Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen zu beschliessen. Es geht um die Erhöhung der Franchise von 300 auf 350 Franken. Das soll in einem Mechanismus im Gesetz festgelegt werden. Seit 2004, also seit 15 Jahren, ist die Franchise auf der gleichen Höhe geblieben. In diesen 15 Jahren haben sich die Prämien mehr als verdoppelt. Die Anhebung der Franchise ist eine Massnahme zur Stärkung der Eigenverantwortung.

Ich glaube, es ist allen klar, dass Massnahmen gegen die Kostensteigerung im Gesundheitswesen nötig sind. Das wird heute von niemandem mehr bestritten. Dies zeigt sich auch daran, dass verschiedene Initiativen dazu am Laufen sind – alle wollen das. Selbst der Bundesrat hat dies festgestellt und eine Expertengruppe einberufen. Diese hat nun 38 Massnahmen vorgeschlagen, um die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu dämpfen. Die Erhöhung der Franchise ist eine dieser Massnahmen. Mit der Vorlage, die wir jetzt auf dem Tisch haben, wurde diese eine Massnahme herausgepickt. Mit dieser Massnahme werden einseitig die Patientinnen und Patienten belastet; entlastet würden die Prämienzahlenden. Was aber fehlt, das ist die Opfersymmetrie. Wenn wir die Kosten in den Griff bekommen wollen, dann müssen alle Akteure im Gesundheitswesen ihren Beitrag dazu leisten, nicht nur die Patientinnen und Patienten. Die Leistungserbringer müssen in die Pflicht einbezogen werden: die Spitäler, die Ärzte, die Pharmaindustrie und weitere Akteure. Diese Player sind einzubinden.

Die Frage der Höhe der Franchise muss deshalb in diesen Strauss von Massnahmen eingebunden werden. Bereits zu Beginn der Beratungen in der Kommission war das ein Thema. Diese Forderung konnte sich aber nicht durchsetzen. Die CVP-Vertreter haben in der Kommission den Antrag gestellt, die Frage der Höhe der Franchise in ein Paket von Kostendämpfungsmassnahmen einzubinden. Leider hat dieses Anliegen der CVP in der Kommission keine Mehrheit gefunden. Das ist sehr schade. Die Vorlage, wie sie heute auf dem Tisch liegt, entspricht nun nicht der Position der CVP.

Deshalb wird sich die CVP-Fraktion heute mehrheitlich der Stimme enthalten. Wir wollen die Frage der Höhe der Franchise weiterbearbeiten, wir wollen diese Frage nicht vom Tisch haben, aber wir wollen diese Frage in ein Paket von Kostendämpfungsmassnahmen einbinden. Leider wurde dieser Antrag, wie gesagt, in der Kommission abgelehnt. Wir sind aber überzeugt, dass es etwas mehr Zeit braucht. Wenn mehr Zeit vergangen ist, wird dieses Anliegen eine Mehrheit finden.

**La presidente** (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Vi ricordo che potete fare una dichiarazione di voto ma non un dibattito su tutta la questione delle franchigie.

**Hess** Lorenz (BD, BE): Als Präsident eines Krankenversicherers habe ich hiermit auch gleich meine Interessenbindung kundgetan.



Es ist ja schon mehr als grotesk: Man könnte meinen, dass wir eine Vorlage behandeln würden, die wir etwa gestern ausgeteilt erhalten haben, nicht ein Geschäft, über das wir schon einmal befunden haben. Was hat sich in der Zwischenzeit verändert? Eigentlich genau nichts! Man braucht kein Prophet zu sein, um abzusehen, dass am Schluss eine Links-rechts-Allianz die Vorlage verwerfen wird.

Im Fall der rechten Seite muss man sagen: Es ist gelinde gesagt ein bisschen verhaltensauffällig, um nicht gerade zu sagen sehr, sehr durchsichtig. Die linke Seite ist, wenn sie dann den roten Knopf drückt, zwar inhaltlich konsequent, wird das aber nicht mit grosser Freude tun, weil damit natürlich die Möglichkeit des Referendums wegfällt. Item, zu einer Links-rechts-Allianz wird es auf alle Fälle reichen.

Wenn man zu dieser Vorlage Nein sagt, ist dies eine ganz schlechte Idee. Es ist egal, ob wir vom Gesundheitswesen, von der Hotellerie oder einem anderen Gewerbe sprechen: Kosten entstehen immer da, wo eine grosse Zahl von Kunden Leistungen oder Produkte beziehen, die bezahlt werden müssen. Im Gesundheitswesen haben wir eine stetig wachsende Zahl von Nachfragern, die eine stetig zunehmende Zahl von Leistungen, Produkten und Therapien auf Topniveau nachfragen. Das kostet nun mal. Um diese Kosten allmählich in den Griff zu bekommen, haben wir sehr viele Vorschläge. Wir haben hier im Rat beispielsweise die Frage der Maklerprovisionen mit einem Vorstoss eingepackt, was richtig ist. Der Bundesrat hat das Massnahmenpaket zur Kostendämpfung in Umlauf gesetzt. Auch darüber werden wir diskutieren. Zwei Parteien haben eine Volksinitiative gestartet bzw. angekündigt – per Zufall auch jetzt im Wahljahr. Dies alles soll zur Kostensenkung beitragen.

Wenn man nun aus politischen, rein politischen Gründen einfach nur einen Teil der Kostenverursacher ausschliessen und die Selbstverantwortung nicht einbeziehen will, dann ist das nicht konsequent. Es ist auch nicht ratsam, im Wahljahr die Angst in den Vordergrund zu rücken. Beides ist nicht konsequent, beides dient der Sache nicht. Es gibt einen Riesenstrauß von Massnahmen, die dazu beitragen können, dieses Kostenwachstum eventuell zu dämpfen. Wir sollten daher hier die Leistungsbezüger und die Selbstverantwortung nicht ausklammern.

Ich bitte Sie, im Sinne der Sache ein bisschen Mut zu beweisen, auf der Linie zu bleiben und diese Vorlage anzunehmen.

**La presidente** (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Vi ricordo che non si possono fare domande sulle dichiarazioni di voto, signor Pardini.

**Walti Beat** (RL, ZH): Zur Notwendigkeit, Massnahmen zu finden und zu beschliessen, die zur Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen beitragen, muss ich nichts weiter ausführen. Dass alle dazu beitragen müssen, von den Leistungserbringern über die Versicherer, die Medikamentenhersteller eben auch bis zu den Versicherten und Patienten, ist, glaube ich, mittlerweile allen klar. Um die letzte Kategorie geht es hier. Wir haben ausführlich über eine sehr moderate Massnahme diskutiert, über eine leichte Erhöhung der individuellen Franchise um 50 Franken pro Jahr, 4 Franken pro Monat oder 14 Rappen pro Tag.

Die FDP-Liberale Fraktion bleibt bei ihrer Überzeugung und wird dieser Erhöhung zustimmen. Sollte es nun tatsächlich, wie es sich abzeichnet, zu einer Ablehnung dieser sehr moderaten Massnahme kommen, dann wäre das ein parlamentarisches Trauerspiel. Von der linken Seite, muss ich ehrlich sagen, erwarte ich in dieser Frage nichts, weil solche Massnahmen nicht ihrer Philosophie und Überzeugung entsprechen. Das nehme ich zur Kenntnis. Von der bürgerlichen Seite hingegen erwarte ich, dass sie bereit ist und dabei hilft, der Bevölkerung den Sinn und die Notwendigkeit einer solchen Massnahme zu erklären. Das Projekt jetzt abzuschliessen hiesse, diese Verantwortung zu verweigern. Da können Sie sich auf noch so wohlklingende Gründe berufen, wie wir sie eben von Herrn Müller Leo gehört haben. Die

AB 2019 N 620 / BO 2019 N 620

Paketargumentation ist immer eine gute, also nach dem Motto "Ich nicht, du auch" mit dem Finger auf die anderen zu zeigen und so reihum die Verantwortung weiterzuschieben. Das geht nicht. Offenbar fürchten viele die Androhung eines Referendums und möchten die direktdemokratische Auseinandersetzung zu diesem Thema vermeiden. Das geht nicht.

Sehr erstaunlich ist diese Haltung insbesondere bei den Ratskolleginnen und -kollegen von der SVP-Fraktion, die ja ansonsten wirklich nie müde werden, allen anderen hier im Saal fehlendes Rückgrat vorzuwerfen und ein hartes und konsequentes Handeln einzufordern.

Geben Sie sich jetzt doch einen Ruck! Lassen Sie den grossen Worten zumindest kleine Taten folgen. Verzichteten Sie auf dieses durchschaubare und unglaubliche Manöver. Übernehmen Sie zusammen mit anderen Verantwortung, und stimmen Sie dieser Vorlage zu.



**Nordmann Roger** (S, VD): Je commence par déclarer mes liens d'intérêts: je ne suis pas membre d'un organe d'une caisse-maladie, que ce soit dit! (*Brouhaha; applaudissements partiels*)

La hausse des franchises est injuste pour les personnes malades. Elle charge inutilement la classe moyenne, qui est déjà confrontée à la répartition inéquitable des primes. Si ce projet, que le Parti socialiste a toujours combattu, passe la rampe, nous le combattons par voie de référendum, nous l'avons annoncé il y a trois semaines. Ce référendum est en passe de devenir l'un des plus simples de l'histoire, puisqu'il semble qu'on nous épargnera la récolte des signatures.

Si le projet est refusé aujourd'hui, nous considérons que ce refus est définitif. Je me permets de le préciser parce que le discours des nouveaux opposants n'est pas très clair. Entre les lignes, j'ai cru comprendre que l'UDC voulait surtout éviter le débat sur la hausse des franchises avant les élections fédérales pour reprendre ensuite l'idée en la cachant dans un gros paquet. (*Brouhaha*) Dans mon canton, le canton de Vaud, on dirait que l'UDC a lancé l'opération secrète "dedans le terrain". Je dois donc préciser que nous combattons cette idée, maintenant ou plus tard.

Gute Politik bedarf der Redlichkeit, und ich habe ehrlich gesagt Verständnis für den Ärger der FDP-Liberalen Fraktion. Natürlich nicht inhaltlich – wir sind uns nicht einig –, sondern vom Vorgehen her. Die SVP-Fraktion hat jahrelang in den Hinterzimmern alles in Bewegung gesetzt, um die Franchisen zu erhöhen. Noch vor zwei Wochen ging ihr diese Vorlage nicht weit genug, und es ging ihr nicht schnell genug. Sie wollte per Kommissionsmotion eine sofortige Erhöhung der Franchisen auf 500 Franken bewirken. Nun hat die SVP wegen der blossen Ankündigung des SP-Referendums kalte Füsse bekommen – oder besser gesagt: tiefgefrorene Füsse –, und sie will das fertig beratene Projekt jetzt abschiessen. Dass der SVP-Fraktionspräsident Aeschi manchmal auf die KVG-Initialdebatte vor 25 Jahren verweist, ist ein plumper Versuch, den eigenen Slalom und die eigene Rückzugspolitik hinter einem dichten Gewölk von Nebelpetarden zu verstecken. Der langen Rede kurzer Sinn: Mit Freunden wie der SVP braucht die FDP keine Feinde.

Andererseits muss ich nüchtern feststellen, dass die FDP als Juniorpartner der SVP einen hohen Preis für diese Abhängigkeit bezahlt. In der Sache freuen uns diese zirkusreifen Kapriolen sehr. Aber seien wir ehrlich: Diese Kehrtwende sechs Monate vor den Wahlen ist schlicht billig, und sie ist nichts anderes als ein Tiefpunkt parlamentarischer Arbeit.

Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen. (*Teilweiser Beifall; Unruhe*)

**Aeschi Thomas** (V, ZG): Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, hier einmal das Wesentliche in aller Deutlichkeit festzuhalten. Die SP, Herr Nordmann, ist völlig ideologisch unterwegs. (*Unruhe*) Sie verlangt ständig neue Leistungen vom Staat, die die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuergeldern zu bezahlen haben: Vaterchaftsurlaub, Elternzeit, sechs Wochen Ferien, 35-Stunden-Woche, einkommensabhängige Krankenkassenprämien, Milliarden mehr ins Ausland usw. Aber nicht nur das, sie will alle unkontrolliert ins Land hereinlassen, auf Staatskosten integrieren und therapieren, lebenslange Sozialleistungen bezahlen, ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle – und all dies auf Kosten aller rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger, die jeden Morgen zur Arbeit gehen, die Ärmel hochkrempeln und krampfen und dies ein Leben lang getan haben.

Und jetzt jammert und lamentiert die SP, wie schon seit Jahren, über das von ihr entworfene, verfehlte Gesundheitssystem. Dieses gründet auf dem vollkommen gescheiterten Krankenversicherungsgesetz, das unter Federführung von SP-Bundesrätin und Gewerkschafterin Ruth Dreifuss entstanden ist. Nicht nur die Linken haben der flächendeckenden, einheitlichen, obligatorischen Zwangskrankenversicherung für alle Einwohner zugestimmt. Auch die FDP/die Liberalen und die CVP haben gebubelt über dieses halbsozialistische Planungsmonster aus der Küche Dreifuss mit einer staatlichen Zwangsversicherung und Anbietern auf dem angeblich freien Markt.

Eine einzige Partei hat Nein gesagt und punktgenau – ich wiederhole: punktgenau – prophezeit, was geschehen wird: Die SVP hat sich als einzige Partei gegen diesen Krankenversicherungsmoloch gewehrt, der unvermeidlich zu einer Prämienexplosion und zu enormen Problemen zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern führen musste.

Sie alle, Ihre Parteien, die heute über die Prämienexplosion wehklagen, haben damals behauptet, die SVP lüge, schwinde und übertreibe. Sie alle haben uns dieses Krankenversicherungsgesetz eingebrockt, vor allem aber die SP, die heute am lautesten über ihre Missgeburt schreit und jault und nach der vollständigen Staatsmedizin ruft. Was haben Sie da nur für einen Scherbenhaufen angerichtet! (*Unruhe*) Statt dass Ihre Krankenversicherung, wie es eigentlich die Idee wäre, im Krankheitsfall vor dem Absinken in die Armut schützt, führt heute das Bezahlen der Prämien für diese Krankenversicherung in die Armut.

Was haben wir von Ihnen angesichts des Prämiendesasters nicht alles an Ausreden, Schönfärberei und Fasnadenpinselei gehört! Die zuständige Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss sagte 1998 im "Blick": "Die Kosten-



entwicklung flacht ab von Jahr zu Jahr." Im Jahr 1999 sagte sie im gleichen "Blick": "Unsere Massnahmen zur Kostendämpfung greifen jedes Jahr besser." 2001 sagte Dreifuss, nochmals im selben "Blick": "Die Kostenentwicklung ist, was die Preise betrifft, weitgehend unter Kontrolle."

Sogar Sie wissen es heute besser: Gar nichts ist unter Kontrolle! Wie soll es auch sein, wenn wir ein System gezimmert haben, bei dem jeder Zuwanderer, jeder Asylbewerber vom ersten Tag an Anspruch auf den ganzen Katalog der Leistungen hat, obwohl wir doch wissen sollten, dass ein Sozialsystem nur mit Grenzen und einer über die Generationen greifenden Solidarität von Beitragszahlern funktioniert. Uns hat ein Bürger aus Dietlikon im Kanton Zürich geschrieben, seine Monatsprämie für die Grundversicherung bei der Krankenkasse Concordia habe sich seit 1960 wie folgt entwickelt: 1960 Fr. 4.80; 1996, nach der Einführung des KVG, Fr. 169.50; 2017 Fr. 421.50. Nichts ist unter Kontrolle!

Sie haben sich und den Staat als Gestalter der Sozialversicherung in unheilvollster Weise zwischen Arzt und Patient gestellt. Und jetzt verlangen Sie von der SVP, dass wir dieses marode, durch und durch verrottete System mit ein paar "Pflasterli" und einer Franchisenanpassung von ein paar Franken auf Kosten des Mittelstandes heilen sollen. Hierzu bietet die SVP nicht Hand. Es braucht ein Gesamtpaket, bei dem auch Pharma, Krankenkassen, Ärzte, Spitäler und Kantone ihren Beitrag leisten. Übernehmen Sie von der SP endlich die Verantwortung für das Landesunglück KVG, das Sie entgegen unserem erklärten Willen geschaffen haben. *(Teilweiser Beifall; Unruhe)*

**La presidente** (Carobbio Guscetti Marina, presidente): Colleghi e colleghe, non siamo a una partita di calcio!

**Glättli** Balthasar (G, ZH): Es "wahlkämpfelet" sehr. Man sagt ja jeweils, das erste Opfer des Krieges sei die Wahrheit. Wir stehen im Wahlkampf; das erste Opfer des Wahlkampfs ist ganz offensichtlich die Redlichkeit. Die Parteien üben sich

AB 2019 N 621 / BO 2019 N 621

in Pirouetten. In der Klimapolitik sind die FDP/die Liberalen noch nicht wirklich so weit, dass der Sprung gelingt. Aber die SVP macht Pirouetten bei den Franchisen, dass ein Eiskunstlaufteam vor Neid erblassen würde. Sie haben jetzt über Jahre diese Vorlage so vorangetrieben. Sie hätten über Jahre die Möglichkeit gehabt, diese Gesamtsicht einzufordern, die Sie jetzt wollen. Die CVP-Fraktion, die nun mindestens transparent zugegeben hat, dass ihr Manöver jenes gewesen wäre, die ganze Geschichte zu verstecken und dann nach den Wahlen wieder hervorzunehmen, hat das, lieber Kollege Müller, muss ich sagen, nicht etwa vor ein paar Monaten gemacht und gesagt: "Okay, wir wollen diese berühmte Gesamtsicht." Das wäre ja redlich gewesen. Nein, Sie haben das in dieser Session, am vergangenen 13. März, gemacht. Als Sie merkten, dass andere auch kalte Füsse kriegen, haben Sie gedacht, Sie könnten gemeinsam abschleichen und das dann wieder hervornehmen, wenn die Wahlen vorbei sind.

Wir sind bezüglich der Inhalte anderer Meinung als die FDP- und die BDP-Fraktion. Aber wir – und damit meine ich die Grünen sowie die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – haben keine Angst, zu unserer Haltung zu stehen.

Eine Bitte an die Bevölkerung: Wenn Sie dann irgendwann einen Wahlentscheid treffen müssen, dann treffen Sie diesen Entscheid nicht so, dass jene belohnt werden, deren Fähnchen am heftigsten im Wind flattern, sondern jene, die auch einmal bereit sind, eine für einen Teil der Menschen unangenehme Position öffentlich zu vertreten und zu ihr zu stehen.

### **Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung) Loi fédérale sur l'assurance-maladie (Adaptation des franchises à l'évolution des coûts)**

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 18.036/18607)

Für Annahme des Entwurfes ... 63 Stimmen

Dagegen ... 101 Stimmen

(28 Enthaltungen)